

# Zoff um die Wohnungsbaupolitik

**POLITIK** Die CSU nutzt die Debatte über Vorschläge der Regierungskoalition zur Generalkritik. Der OB kontert mit Spott über Wahlversprechen der Union.

VON JULIA RIED, MZ

**REGENSBURG.** Eigentlich sollte es unter Tagungsordnungspunkt 14 in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung um die diversen „Vorschläge zur Förderung des Wohnungsbaus in Regensburg“ der Gestaltungsmehrheit aus SPD, Grünen, Freien Wählern, FDP und der Piratin Tina Lorenz gehen: von einer Ergänzung der Stellplatzsatzung, die bei gut durch den öffentlichen Nahverkehr angebotenen Wohngebieten Parkplätze einsparen soll, bis zur Stärkung der städtischen Immobilientochter „Stadtbau“ reichten diese.

Tatsächlich stattgefunden hat eine Art Generaldebatte, wohl auch der fortgeschrittenen Stunde geschuldet in einer Kurzversion. Als „wohnungspolitische Bankrotterklärung“ bezeichnete Christian Schlegl für die CSU das Konzept. Der OB konterte mit Spott: „Also, martialischer Auftritt“, war von ihm in Stunde fünf der Marathonsitzung zu hören, bevor der Ausschuss gegen 20 Uhr gegen die Stimmen der CSU dem Konzept zustimmte. Zuvor sagte Wolbergs mit sarkastischem Unterton: Er erinnere sich noch gut an das Wahlversprechen der Christsozialen, mittels einer „Task-Force im Bauordnungsamt“ 10 000 Wohnungen zu schaffen.

## **SPD will Wohnungen, aber günstig**

Für die Regierungskoalition hatte SPD-Fraktionsvorsitzender Norbert Hartl die Maßnahmen vorgestellt. „Das Ziel ist, möglichst viel Wohnbau zu machen, mit dem vorhandenen Bestand pfleglich umzugehen, möglichst preisgünstigen Wohnraum zu schaffen und die Stadtbau zu ermächtigen, ihre Aufgaben zu erfüllen.“

Allein der Vorschlag, Ausschreibungen nicht mehr nach den Richtlinien der für die öffentliche Hand maßgeblichen „Vertrags- und Vergabeordnung für Bauleistungen“ (VOB) durchzuführen, bringe der Immobilientochter „pro Jahr knappe zwei Millionen Euro“. Die Ergänzung der Stellplatzsatzung, nach der bei öffentlich geförderten Wohnungsbau um 30 Prozent weniger Parkplätze gebaut werden sollen, gehe zurück auf „ganz viele Anregungen und Beschwerden



Über Wohnungsbau, hier eine Baustelle im Marina-Quartier, debattierte der Planungsausschuss. Foto: MZ-Archiv

## VORSCHLÄGE IM DETAIL

► **Mieterschutz:** Der Ausschuss befürwortete den Antrag auf Aufnahme in eine „Gebietskulisse“ des Freistaats, was die Kündigungsfristen wegen Eigenbedarfs oder wirtschaftlicher Verwertung auf zehn Jahre verlängern würde.

der Mieter“ mit dem Tenor „ich habe überhaupt kein Auto, wozu brauche ich einen Stellplatz“. Was die Übertragung von Grundstücken auf die Immobilientochter angehe, sei das primäre Anliegen, die Erbbaurechtsgrundstücke zu überführen. „Ob die Stadt der Stadtbau auch noch Grundstücke verbilligt gibt, wird man von Fall zu Fall entscheiden müssen.“

Ein weiterer Antrag zielt darauf ab, die Ausweisung von Baugebieten nicht mehr über das zeitaufwendige Umlegungsverfahren zu betreiben, bei dem verschiedene Grundstückseigentümer neu zugeschnittene Flä-

► **Erhaltung von Wohnungen:** Die Koalition wollte die Verwaltung mit dem Entwurf einer Zweckentfremdungssatzung beauftragen. Doch die führte aus, dass die touristische oder gewerbliche Nutzung hier kein Problem ist.

chen erhalten, sondern stadteigenen Grund zu entwickeln oder sich mit nur einem Eigner ins Benehmen zu setzen. Hartl erklärte dies mit dem Bestreben, „dass man beschleunigt Bebauungspläne aufstellen kann“.

## **CSU: „Es ist unglaublich“**

Schlegls Reaktion: „Es ist unglaublich, dass Sie sich trauen, so etwas vorzulegen. Wissen Sie, wie viele Wohnungen damit gebaut werden?“, fragte er und antwortete: „Null, nada, niente.“ Es sei „völlig falsch, eine Stadtbau, die eine sehr gute Eigenkapitalausstattung hat, in dieser Art und

► **Runder Tisch:** Die Stadt richtet ein Gremium ein mit Vertretern der Stadt, der Immobilienbranche, Genossenschaften, Mietervereinigungen und der Stadtbau. Es soll Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum entwickeln.

Weise zu fördern“. „Wer profitiert von der Ergänzung der Stellplatzsatzung?“, fragte er Dr. Tobias Hammer (SPD) und setzte hinzu: „Wo haben Sie einen Doktor? In Betriebswirtschaft oder Stadtplanung sicherlich nicht.“ Von der Änderung profitierten Investoren, die sich Parkplätze sparen, lautete Schlegls Antwort.

Der Koalition warf er vor, dass der Bau von Single-Appartements nicht mehr gefördert werde. „Wir haben noch keine einzige zusätzliche Wohnung beschlossen bis 2020“, nahm er Bezug auf die Wahlversprechen des OB – er habe diese gebrochen.